

Spalten und walten

Im Streit um die Unabhängigkeit Kataloniens gibt es neben den unbeirrbar Verfechtern des Separatismus und den eisernen Verteidigern der Einheit Spaniens auch viele, die sich in diesem Alles-oder-nichts-Szenario nicht wiederfinden.

VON JAN MAROT, ALICIA PRAGER UND ROBERT TREICHLER

Am Montag dieser Woche wird im Arsenal, einem Gebäude im Parc de la Ciutadella in Barcelona, eine illegale Zusammenkunft stattfinden: eine Sitzung des Parlaments von Katalonien, der gewählten demokratischen Vertretung der Bürger der Region. Dass dies unrechtmäßig geschieht, zeigt, wie verfahren die Situation im Streit zwischen den nach Unabhängigkeit strebenden Katalanen und der auf die Einheit des Landes pochenden Zentralregierung in Madrid mittlerweile ist. Das Verfassungsgericht hat die Sitzung untersagt; es wird spekuliert, dass das katalanische Parlament, in dem die Pro-Unabhängigkeitsparteien die Mehrheit haben, einseitig die Abspaltung Kataloniens von Spanien beschließen könnte. Basis dafür wäre das Referendum vom 1. Oktober.

Denkbar ist jedoch auch, dass es nach der Eskalation der vergangenen Wochen und Monate doch noch zu Verhandlungen zwischen Madrid und Barcelona kommt. Vergangenen Freitag entschuldigte sich Enric Millo, der Vertreter der Zentralregierung in Katalonien, bei den Bürgern, die verletzt wurden, als die Polizei auf Anweisung Madrids die Abhaltung des Referendums stoppen wollte. Ein erstes

zartes Zeichen der Entspannung oder nur ein unbedeutender symbolischer Akt der Höflichkeit?

Was man in dem hitzig geführten Match leicht übersieht: Neben den unbeirrbar Verfechtern des Separatismus und den eisernen Verteidigern der verfassungsgemäß garantierten Einheit des spanischen Staates gibt es auch Menschen, die sich in der Unnachgiebigkeit der Kontrahenten nicht wiederfinden. Vielleicht stellen sie sogar die Mehrheit: Die Wahlbeteiligung beim Referendum betrug 42,3 Prozent (knapp 90 Prozent davon stimmten für die Unabhängigkeit). profil hat mehrere Stimmen eingeholt, die zeigen, dass man die Frage nach der Unabhängigkeit nicht nur mit einem strengen Ja oder Nein beantworten kann.

Eine Universitätslehrerin etwa befürwortet das Referendum, ist jedoch gegen die Abspaltung; ein Künstler bezweifelt die Validität der Abstimmung und wünscht sich Vermittler von außen. Viele Katalanen verspüren ein Unbehagen, wenn die Beziehungen zwischen Katalonien und Spanien im Alles-oder-nichts-Verfahren geregelt werden sollen. „Ich leide“, schreibt die Universitätslehrerin Eva Anduiza.

„Ich leide“

Die katalanische Universitätslehrerin Eva Anduiza steht im Unabhängigkeitskonflikt zwischen den Fronten und sucht einen Ausweg.

Es ist schwierig für mich darüber zu sprechen, was in Katalonien gerade vor sich geht. Die Gefühle sind intensiv, komplex und widersprüchlich, und Worte werden so oft als Waffen gebraucht oder empfunden, dass es mir Angst macht, sie niederzuschreiben. Ich werde es dennoch versuchen.

Auch wenn ich nicht beim Referendum abstimme, hatte ich das Gefühl, ich müsse irgendwie dabei sein. Ich verbrachte den Großteil des Wochenendes beim Wahllokal meines Dorfes. Ich war Samstag Abend dort und brachte am Sonntag Morgen Kaffee für diejenigen, die während der Nacht geblieben waren. Später ging ich noch einmal hin mit Essen für die Leute, die den ganzen verregneten Tag ausharrten und dafür sorgten, dass das Wahllokal offen bleiben konnte. Bis zum Abend gab es regelmäßige Drohungen, dass die Polizei einschreiten werde.

Ich fühlte mich nicht sehr wohl, aber ich war von der Entschlossenheit der Menschen beeindruckt, von ihrer Hingabe und ihrer angespannten Ruhe. Ich fand, dass ich ihnen nahe sein sollte. So stimmte ich also nicht ab, nahm aber an dem Ereignis teil – eine meiner vielen Widersprüchlichkeiten in diesen Tagen. Das spiegelt wider, wie schwierig es für mich ist, in diesem Durcheinander meinen Platz zu finden.

Ich nahm teil, obwohl ich Abneigung gegen die Vorgangsweise der jüngsten katalanischen Regierungen empfinde, die etwa das Unabhängigkeitsthema dazu benutzten, um wichtige soziale Probleme zu überdecken – aber auch gegen die Aktionen, mit denen die spanische Regierung die Bestrebungen nach Selbstbestimmung des katalanischen Volkes einschränkt.

Der Wunsch nach Unabhängigkeit einer großen Zahl von Katalanen (laut Umfragen rund 40 Prozent) ist legitim. Diese Zahl ist signifikant gewachsen, nachdem der Verfassungsgerichtshof 2010 die Estatut – die katalanische Verfassung – nach einem Einspruch der Volkspartei (PP) änderte, was für großes Unbehagen sorgte.

Das ist das Ergebnis der Tatsache, dass der spanische Staat leider kein echter föderaler Staat mit einer allgemeinen föderalen politischen Kultur ist, die Verschiedenheit, Autonomie und geteilte Macht respektiert. Manchmal habe ich das Gefühl, gewissen Institutionen in Spanien wäre ein unabhängiges Katalonien lieber als eine Region, in der innerhalb Spaniens Katalanisch gesprochen wird. Viele Repräsentanten der Sozialistischen Partei (Psoe) und der PP beharren auf dem Status quo der Verfassung, aber diese Verfassung ist zu eng geworden, um die Probleme zu lösen.

Ich bin gegen die gewaltsame Unterdrückung des Ausdrucks legitimer politischer Meinungen. Am Wochenende des Referendums haben wir eine beein-



Zur Person: Eva Anduiza, 47 Professorin für Politik an der Universität Autònoma de Barcelona

druckende Mobilisierung der Zivilgesellschaft erlebt. Die Polizeiaktionen waren unnötig und übertrieben – inakzeptabel in einem Staat, der sich eine Demokratie nennt.

Katalonien hat mir so viel gegeben, ich liebe dieses Land zutiefst, und ich leide, wenn ich sehe, was vor sich geht. Ich will kein Katalonien, das von Spanien unabhängig ist. Ich will keinen spanischen Staat, der sich selbst aufzwingt. Aber es gibt etwas zwischen Unabhängigkeit und dem Status quo. Die katalanische Regierung soll ihre Flucht nach vorne stoppen. Es liegt in der Verantwortung des spanischen Staates, eine Alternative anzubieten, die den katalanischen Bürgern entgegenkommt. Sonst wird die Unabhängigkeit früher oder später unausweichlich sein. Wenn man dem spanischen Premierminister Mariano Rajoy oder König Felipe zuhört, sieht es eher hoffnungslos aus. Keiner von ihnen hat ein Wort übrig für Bürger von Katalonien, die meine Position einnehmen – eine unmögliche Position.

„Entsendet Madrid die Armee, dann ändern sich die Spielregeln“

Kataloniens Außenstaatssekretärin Maria Badia i Cutchet plädierte für diskrete Dialoge mit der Regierung in Madrid, ärgert sich über Spaniens König und will dem Prado katalanische Kunstwerke überlassen.

profil: Ist für Sie noch eine andere Lösung als die Ausrufung eines unabhängigen Staates Katalonien denkbar?

Badia i Cutchet: Im Augenblick gibt es nur eine einzige Option, nämlich eine Mediation, in der keine der beiden Seiten vorher Bedingungen stellt. Wir und die spanische Regierung müssen uns an einen Tisch setzen. Dafür haben wir sehr diskret die ersten Schritte gesetzt. Denn ohne Dialog wird es keine Lösung, sondern nur mehr und mehr Probleme geben. Das Schweizer Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hat sich hierfür am heutigen Freitag als neutraler Vermittler angeboten. **profil:** Ab welchem Datum wird Katalonien nicht mehr Teil Spaniens sein?

„Ich liebe dieses Land zutiefst. Aber es gibt etwas zwischen Unabhängigkeit und dem Status quo.“

Eva Anduiza, Politologin



CHRIS MCGRATH/GETTY IMAGES/PRIVAT

Zur Person:
Maria Badia i Cutchet, 70

Seit Jänner 2016 Kataloniens Staatssekretärin für Äußeres und die EU (Secretària d'Afers Exteriors i de la UE). Sie hat Englische Philologie an der Universidad de Barcelona studiert und war für die katalanischen Sozialisten (PSC) mehr als ein Jahrzehnt lang EU-Parlamentarierin (2004–2014). 2015 legte sie die Parteimitgliedschaft im PSC nieder.



Badia i Cutchet: Das kann man nicht abschätzen. Zunächst ist diese Frage Angelegenheit des Parlaments. Diesen Montag wird dort das Ergebnis des Referendums präsentiert, und das Gesetz sieht vor, 48 Stunden danach die Unabhängigkeit zu erklären. Spaniens Verfassungsgericht hat das Plenum verboten, bevor es überhaupt offiziell angekündigt wurde. Kommt davor die Aufhebung der Autonomie mittels Artikel 155, der in Teilen bereits in Kraft ist, macht das alles nur viel schlimmer. Die Reaktion – unsere und jene der Bevölkerung – darauf ist absehbar.

profil: War die Rede des Königs ein Brandbeschleuniger?

Badia i Cutchet: Die Ansprache von König Felipe VI. gab uns Katalanen das Gefühl, man wolle uns aus Spanien hinauswerfen, nach dem Motto: Unterwerfung statt Dialog. Wir sehen in seiner Rede auch den Grund, warum tags darauf die Börse in Madrid gestürzt ist. Es scheint, als hätte Spanien nicht den Sprung zu einer modernen, liberalen Demokratie geschafft.

profil: Nur eine Minderheit der Bürger hat an dem Referendum teilgenommen. Wollen Sie eine Wiederholung unter besseren Bedingungen?

Badia i Cutchet: 80 Prozent wollten laut Umfragen darüber zumindest daran teilnehmen. Das Gros der Katalanen will die Unabhängigkeit, das ist offensichtlich. Am vergangenen Sonntag stimmte eine überwältigende Mehrheit von über 2,2 Millionen Menschen für das „Ja“ zur Autonomie. Die spanische Regierung hat aus einem politischen Problem ein juristisches gemacht. Wir mussten das Referendum abhalten. Dass es leider mit fast 900 Verletzten (durch Polizeigewalt, Anm.) von Barbarei überschattet war, die international fast überall verurteilt wurde, gibt uns das Recht, der Welt unseren Standpunkt zu erklären. Nun zu sagen, es sei nichts passiert und wir sollten wieder bei null anfangen, geht nicht mehr.

profil: Wie lange werden die Austrittsverhandlungen zwischen Spanien und Katalonien dauern?

Badia i Cutchet: Wir können uns daran orientieren, was in Schottland angedacht war: eine Phase von zwei Jahren, möglicherweise zweieinhalb. Das klingt

für mich vernünftig. Wir werden uns dabei nicht unter Druck setzen lassen und dem Prozess die Zeit geben, die er braucht. Das Essenzielle ist, den Dialog zu beginnen. Wie man sieht, zieht sich auch der „Brexit“-Prozess in die Länge.

profil: Wird ein neuer Staat Katalonien bereit sein, einen Teil der spanischen Staatsschulden zu übernehmen?

Badia i Cutchet: Wir haben immer gesagt, dass wir dazu bereit sind. Spaniens Staatsschulden erreichen aktuell knapp 100 Prozent des BIP, der Anteil Kataloniens daran wären in etwa 35 Prozent. Wir müssen unseren Teil übernehmen, so wie Spanien den seinen. All das kann ausverhandelt werden. Dabei werden wir loyal und transparent agieren. Wenn Spanien das nun in schlechter Manier machen sollte oder gar die Armee entsendet, dann ändern sich die Spielregeln grundlegend.

profil: Wird Katalonien sofort ein Beitrittsgesuch an die EU richten?

Badia i Cutchet: Warten wir erst einmal ab, wie sich alles entwickelt. Natürlich müssen uns alle Mitgliedsstaaten akzeptieren. Doch die EU hat aktuell auch genügend andere Probleme. Wir sind EU-Bürger, die alle Kriterien erfüllen. Wie will man erklären, dass wir aus der Union ausgestoßen werden, weil wir uns vom spanischen Staat trennen? Es gibt ja sogar EU-Staaten, die Mitglieder wurden, nachdem sie sich in nicht-paktierten Referenden vom Mutterland getrennt hatten.

profil: Wie lange wird es Ihrer Ansicht nach dauern, bis Katalonien EU-Mitglied werden kann?

Badia i Cutchet: Noch einmal: Mit unserer Idee von Unabhängigkeit wollen wir uns nicht gegen außen abschotten und Grenzen ziehen. Wir sind weltoffen, demokratisch und pazifistisch und leben in einer globalen Welt, die wir bereichern wollen. Und auch mit Spanien werden wir weiterhin zusammenleben müssen. Wir sind Nachbarn. Das werden wir immer sein. Und zu seinen Nachbarn muss man freundlich sein.

profil: Leidet die hohe EU-Affinität der Katalanen durch die Nichteinmischung Brüssels?

Badia i Cutchet: Ich fürchte ja. Die Enttäuschung, aber auch die Wut ist groß. Ich war über zehn Jahre selbst EU-Parlamentarierin und glühende Europäerin. Aber die Untätigkeit Brüssels schmerzt mich und macht mich wütend. Es interessiert mich nicht mehr, Bürgerin dieser EU zu sein, so wie sie sich jetzt präsentiert. Entweder wir schaffen ein anderes Europa, eines der progressiven Kräfte mit einem stärkeren EU-Parlament, das nicht mehr von rechtskonservativen Parteien dominiert wird – oder wir lassen es sein.

profil: Müssen spanische Bürger, die in Katalonien wohnhaft sind, die katalonische Staatsbürgerschaft annehmen?

Badia i Cutchet: Logischerweise müssten sie im neuen Staat die katalanische Staatsbürgerschaft haben, können aber eine Doppel-Staatsbürgerschaft besitzen. Die Hälfte unserer Bevölkerung kommt aus Spanien oder anderen Staaten.

profil: Soll der Prado Werke katalanischer Künstler an den neuen Staat übergeben?

Badia i Cutchet: Was gefordert werden wird, hängt von der Regierung ab, die wir nach der Unabhängigkeit haben. Doch diese Werke sollen in allererster Linie gesehen werden. Katalanische Kunst gibt es in vielen Museen, vom MoMa in New York bis eben zum Prado in Madrid. Dort können sie meiner persönlichen Meinung nach auch bleiben.

profil: Können Cesc Fabregas und Gerard Piqué weiter für Spaniens Fußballnationalmannschaft spielen?

Badia i Cutchet: Ich bin kein Fußball-Fan, aber durch meinen Mann und meinen Sohn schlägt mein Herz klarerweise für den FC Barcelona. Jeder Fußballer soll selbst entscheiden können, für wen er spielt. Wenn ich mir jedoch die heftigen Reaktionen auf Piqués Aussagen (der aus Katalonien stammende Nationalspieler war auf dem Trainingsplatz wüst beschimpft worden, weil er sich für die Unabhängigkeit einsetzte, Anm.) betrachte, würde ich fordern, dass er nie mehr für Spanien spielt.

INTERVIEW: JAN MAROT, BARCELONA

„Wir wählen nach Gefühl“

Der Künstler Sergi Pàmies kritisiert, dass niemand den Katalanen erklärt, was es heißt, unabhängig zu sein.



Zur Person:
Sergi Pàmies, 38
Musiker, Maler und Blogger aus Barcelona

Ich bin eifersüchtig, wenn ich andere europäische Demokratien sehe. Unser Problem ist, dass wir eine sehr junge Demokratie sind und Spanier ihre Politiker als überlegen betrachten. In Europa sieht

„Die Ansprache des Königs gab uns das Gefühl, man wolle uns aus Spanien hinauswerfen, nach dem Motto: Unterwerfung statt Dialog.“

Maria Badia i Cutchet, Staatssekretärin

WEIL DIE PERSPEKTIVE DER MENSCHEN ZÄHLT

neoS

AM 15.10.

NEOS - Das Neue Österreich, Neustiftgasse 73-75, 1070 Wien

„Niemand erklärt den Katalanen, was es genau heißt, unabhängig zu sein.“

Sergi Pàmies, Künstler

man Politiker als Personen, die den Menschen dienen. Spanien ist ein konservatives Land. Katalanen sind progressiv. Sie denken, dass Bürger Gesetze ändern können müssen. Sie sind keine Konformisten. Niemand erklärt den Katalanen, was es genau heißt, unabhängig zu sein. Wir wählen nach Gefühl. Und Menschen, die „Nein“ stimmen wollten, sind am Sonntag nicht wählen gegangen. Das Referendum ist also kein valides Argument, um einseitig die Unabhängigkeit zu erklären.

Zu Beginn war das Referendum ein Weg, um Druck auf die spanische Regierung und die internationale Gemeinschaft auszuüben, ein ernstzunehmendes und legales Referendum durchzuführen. Aber die beiden Präsidenten denken jetzt nur an die nächsten Wahlen und wie sie diese gewinnen können. Deshalb bin ich pessimistisch. Und deshalb denke ich, wir brauchen internationale Vermittlung.

„Das Verrückteste, was ich je gesehen habe“

Der Journalist Sergi Unanue berichtet, dass das Thema Unabhängigkeit unter Freunden oft vermieden wird.

Seit einigen Tagen sind die Leute einfach traurig darüber, was hier passiert. Viele glauben nicht an die Unabhängigkeit, aber sehr wohl an das Recht zur Selbstbestimmung, und sind nicht einverstanden mit der Unterdrückung. Was am Sonntag passierte, ist das Verrückteste, was ich je gesehen habe. Es ist etwas komplett Neues. Junge Menschen wie ich hätten nie gedacht, dass so etwas in einem EU-Land möglich ist. Und von den Älteren hören wir

Zur Person:
Sergi Unanue, 24
Journalist bei dem lokalen Fernsehsender betevé in Barcelona. Er wuchs im katalanischen Dorf Banyoles nahe Girona auf.



jetzt manchmal: „Oh Gott, wir sind zurück in der Franco-Ära.“ Es fühlt sich an, als wären wir wieder in der Diktatur der 1960er- oder 1970er-Jahre, als Menschenrechte nicht respektiert wurden.

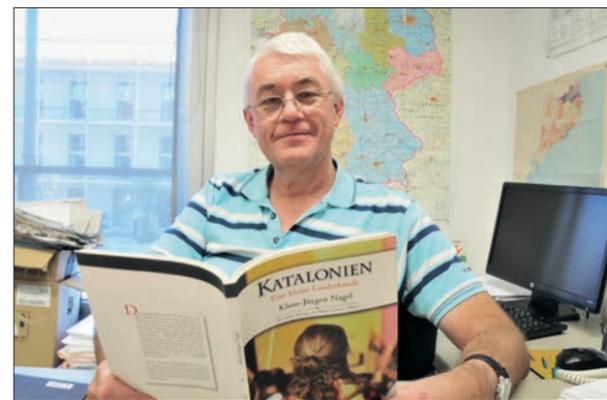
Die Katalanen sind wirklich schockiert. Für die Spanier gilt das weniger. Das ist ein Problem in der Debatte. Es stimmt, das Referendum war illegal. Aber es war der einzige Weg, um zu zeigen, was die Menschen hier denken. Natürlich war es nicht das perfekte Referendum.

Wir haben zwei polarisierte Seiten. Keine von beiden ist bereit, einen Schritt zurück zu machen. Sie wollen ihre Ziele erreichen. Koste es, was es wolle. Viele, die zuvor nicht für die Unabhängigkeit waren, sind es jetzt, nach all den Spannungen und nachdem Politiker und Bürger verhaftet wurden, die helfen wollten, das Referendum durchzuführen.

Es ist so heikel geworden, über das Thema zu reden. Unter Freunden wird das jetzt eher vermieden. Da sind zu viele Emotionen im Spiel.

„Mediation von außen ist der einzige Weg aus der Krise“

Der deutsche Politologe Klaus Jürgen Nagel von der Universität Pompeu Fabra in Barcelona zweifelt an der Vernunft der Akteure im Streit um die Unabhängigkeit.



Zur Person:
Klaus-Jürgen Nagel, 62

Der Politologe und Historiker ist auf nationalistische Strömungen und Parteien sowie Föderalismusfragen spezialisiert und lehrt seit 1997 an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona.

Spaniens Premier Mariano Rajoy (Partido Popular, PP), der sich als Retter der „Nationalen Einheit“ innerparteilich und innerspanisch zu profilieren sucht – „Katalanen-Bashing“ ist populär – lehnt es zwar strikt ab, doch auswärtige Mediation ist der einzige Weg aus der Katalonien-Krise.

Die Situation wird sich verschärfen, wenn am Montag das Regionalparlament die Unabhängigkeit

auf die Tagesordnung setzt. Dafür gibt es eine Mehrheit im Referendum und im Parlament.

Dabei war der katalanische Nationalismus mit seinen Wurzeln im 19. Jahrhundert nie eine separatistische Mainstream-Bewegung. Dazu wurde er erst ab 2010, mit der Aufhebung des Autonomiestatus. Für Katalonien geht es nun um das höhere Recht auf Selbstbestimmung der Völker, eine „Republik Katalonien“, die vor knapp einer Dekade noch unvorstellbar war.

Möglich, dass die De-facto-Proklamation aufgeschoben wird – als Zeitgewinn für Verhandlungen. Doch Artikel 155 der spanischen Verfassung, der die Aufhebung der Autonomie und seiner Institutionen nach sich zieht, wird vielleicht sogar schon vorher zum Einsatz kommen.

Das wiederum dürfte zu steigender zivilgesellschaftlicher Mobilisierung führen – umso mehr, wenn die spanische Justiz nun rund 1000 freiwillige Wahlhelfer des Referendums wegen „Sedición“ (Tumult, Aufruhr) klagt und die Rajoy-Regierung ihren Ausnahmezustand in der abtrünnigen Region aufrechterhält.

Darauf deutet hin, dass sich Nationalpolizei und Zivilgarde auf einen langfristigen Einsatz einrichten. Dass die EU Spanien aufgrund dieses Vorgehens mittelfristig in eine Schublade mit Ungarn und Polen steckt, ist denkbar.

Vor allem aber ist es eine finanzielle Frage, auch für die EU: Ein Fünftel des spanischen BIP kommt aus Katalonien. Im Fall einer Sezession müsste die Staatengemeinschaft diesen Verlust möglichst aus ihren Fördertöpfen kompensieren. Katalonien wäre zwar de facto in der EU ein Nettozahler, würde die Union dann aber, auch um das Gesicht Madrids zu wahren, verlassen müssen.

Was es zu verhindern gilt, sind Abwertungsszenarien einer eigenen katalanischen Währung nach einem Euro-Austritt. In einer langfristigen „Übergangsphase“ könnten die Grenzen für den Waren- und Personenverkehr mit den EU-Staaten offen bleiben, und Katalonien könnte den Euro behalten. Das muss im Bereich des Vorstellbaren liegen. Im Euro- und Schengenraum gibt es ohnehin die kuriossten Konstruktionen. Dass die Vernunft aller beteiligten Akteure dafür ausreicht, ist jedoch fraglich. n

Tolles Zeug

Britanniens Außenminister Boris Johnson plappert sich um Kopf und Kragen – oder nach Downing Street 10.



BORIS JOHNSON
Gebildet und unzuverlässig, charmant und selbstverliebt.

Selbst wenn Alexander Boris de Pfeffel Johnson sich am Riemen reißen lässt, rutschen ihm Frechheiten heraus: „Wir wollen ein globales Britannien sein“, schmetterte der britische Außenminister in seiner offiziellen Rede zum Parteitag der Konservativen in Manchester vergangene Woche staatstragend in den Saal. Dann grinste er und fügte genüsslich hinzu: „Klingt doch ganz anders als: ‚Globales Alaska.‘“

Sein Charme, sein Humor und seine Bildung sind das Kapital von Johnson. Seine Unzuverlässigkeit, Selbstverliebtheit und Abgehobenheit hingegen könnten ihn zu Fall bringen.

Um Premierminister zu werden, hat sich der Blondschof einem harten Brexit verschrieben, denn das moderate Zentrum besetzen andere. In Zeitungsartikeln und Interviews treibt er seither die hölzerne und unbeholfene Regierungschefin Theresa May unbarmherzig vor sich her.

Auch wenn der ehemalige Bürgermeister von London versucht, sich zu benehmen, springt er mit beiden Beinen von einem Fettnapf zum anderen. Gerade wieder hat sich der 53-jährige Pointenprinz bei einer Veranstaltung in Manchester dazu hinreißen lassen, in der libyschen Stadt Sirte das nächste Dubai zu sehen: „Weiße Strände, schönes Meer. Sie müssen nur die Leichen wegräumen.“

Der ehemalige Journalist ist in der eigenen Partei inzwischen derart umstritten, dass Premierministerin May bereits von etwa der Hälfte ihrer Minister bekniet wurde, den Hofnarren und Störenfried endlich als Außenminister zu feuern. Besucher beschreiben Gespräche mit ihm als „schrecklich und schräg“. Johnson ist für einen Chefdiplomaten zu undiplomatisch, an Details und Inhalten kaum interessiert. Für den Brexit ist er wiederum nicht zuständig, der wird von anderen verhandelt.

Selbst bei Staatsbesuchen fern der Heimat zittern die britischen Diplomaten vor dem nächsten Fauxpas. In Myanmar konnte der Eton- und Oxford-Absolvent nur mit Mühe davon abgehalten werden, vor versammelten Honoratioren ein Gedicht von Rudyard Kipling zu zitieren, in dem der britische Kolonialismus nostalgisch verklärt wird. „Unangebracht!“, zischte der Botschafter mehrfach. Johnson schien enttäuscht: „Wirklich? Ist doch tolles Zeug.“

Doch Misses Mayhem, wie Theresa May wegen des Brexit-Chaos in ihrer Regierung spöttisch genannt wird, hat den Problemminister bisher nicht entlassen. Sie behält den Konkurrenten lieber in ihrer Nähe. Der unangepasste Wuschelkopf hat seine Chancen, Premierminister zu werden, zwar selbst einmal als „so gut wie die, Elvis auf dem Mars zu finden“ bezeichnet. Doch wer weiß? Seit sie für den Brexit gestimmt haben, scheinen die Briten auf einem anderen Planeten zu leben. Nicht ausgeschlossen, dass BoJo dort Premier wird und Elvis dazu „Fool“ singt.

TESSA SZYSZKOWITZ, MANCHESTER